

Debatte über die Fremdsprachen wieder befeuern:

# Lernende nicht unterschätzen.

Derzeit wird die Debatte über die Fremdsprachen wieder befeuert. Nicht nur, weil Bundesrat Berset mit Sanktionen gegenüber vom eidgenössischen Sprachenkonsens abweichenden Kantonen gedroht hat, sondern weil aus den Kantonen selbst das heutige Konzept mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule immer wieder in Frage gestellt wird. Auslöser im Kanton Zürich ist die Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule», die kürzlich im Kantonsrat mit vielen Emotionen diskutiert worden ist. Der Kantonsrat lehnt das Begehr klar ab. Durch Anpassung des Volksschulgesetzes und nötigenfalls eine Änderung oder Kündigung des HarmoS-Konkordats sei die Fremdsprachenregelung dahingehend zu ändern, dass die zweite Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe eingeführt wird und der Regierungsrat auf Antrag des Bildungsrates beschliesst, ob Französisch oder Englisch erste Fremdsprache ist. So lautet das Anliegen der Initiantinnen und Initianten, die die Erwartungen in den seit Jahren praktizierten, frühen Fremdsprachenunterricht in keiner Weise erfüllt sehen. Sie begründen ihr Anliegen unter anderem damit,

dass nach kurzer Zeit in der Sekundarschule die Unterschiede zwischen Schülern mit und ohne Vorkenntnisse einer zweiten Fremdsprache kaum noch ins Gewicht fallen würden. Die Volksinitiative verlangt deshalb «mehr Qualität an der Primarschule» und will deswegen die Einführung der zweiten Fremdsprache auf die Sekundarstufe verschieben.

Abgesehen davon, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Anliegen bereits 2006 eine Abfuhr erteilten, zeugt die Idee nicht von einem grossen Vertrauen ins Können der Schülerinnen und Schüler. Unbestrittenmassen gibt es Kinder, die Mühe mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule haben. Aber es gibt viel mehr Schüler, die diese Herausforderung packen und Freunde am Unterricht haben. Kenntnisse in Französisch und Englisch sind für die künftige berufliche Tätigkeit gerade für Jugendliche im international vernetzten Kanton Zürich unerlässlich. Fragwürdig wäre ein Ja zur Initiative auch aus staatspolitischen Gründen. Die Initianten schieben die Verantwortung für einen Entscheid, ob zuerst Französisch oder Englisch unterrichtet werden soll, an

den Bildungs- und den Regierungsrat ab und nehmen dazu keine Stellung. Derzeit wird in der Primarschule Englisch vor Französisch unterrichtet. Aus staatspolitischen Gründen muss bei Annahme der Volksinitiative dem Französischen der Vorzug gegeben werden. Aber auch aus finanziellen Gründen wäre es ein Schildbürgerstreich, das seit Jahren praktizierte Konzept wieder über Bord zu werfen. Die kostenintensive und aufwendige Einführung der Fremdsprachen an der Primarschule wäre unnütz. Für Französisch und Englisch müssten neue, stufengerechte Lehrmittel entwickelt werden. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen müsste wieder angepasst werden. Die Kosten für alle Abschreibungen und notwendigen Erneuerungen würden im zweistelligen Millionenbereich liegen, was einer Verschwendug von Steuergeldern gleichkommen würde.

Die Diskussion wird uns in den nächsten Monaten noch weiter beschäftigen. 2017 wird die Zürcher Stimmbewölkerung zur Initiative einen Entscheid fällen.

Dieter Kläy,  
30.11.2016, 115. Jahrgang, Nr. 335.